

Aus Empörung ..

Die Sozialsysteme werden ruiniert, die Arbeitsetze nimmt immer verrücktere Ausmaße an, die Arbeitslosenzahlen bleiben hoch, die jungen Menschen müssen sich gleich zu Anfang mal auf Perspektivlosigkeit einrichten, den Alten wird gesagt, sie würden zur unbezahlbaren Last. Unsicherheit prägen Arbeit und Leben. Die Würde des Menschen bleibt auf der Strecke.

Diese ungerechten Zustände sind nicht länger tragbar.

.. wird Bewegung

Tausende Amerikaner besetzten in den letzten Wochen gewaltfrei die Wall Street - das Zentrum globaler Finanzmacht und Korruption. Wie ein Lauffeuer breitete sich die Bewegung der Empörten von Nordafrika über Lissabon, Madrid nach Athen, Jerusalem und nun in die USA aus.

Jugendliche, einfache Familien sind nicht mehr bereit, die Rechnung für eine Krise zu bezahlen, die im Kapitalismus wurzelt und von korrupten Eliten verstärkt wurde. Die Demonstranten fordern nun echte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Transparenz.

Seit Monaten protestieren Griechen gegen drastische Sparmaßnahmen. In Spanien demonstrieren die "Indignados" gegen politische Korruption und die Abwälzung der Krisenlasten. In Israel haben die Bürger diesen Sommer "Zeltstädte" gebaut, um gegen ansteigende Wohnpreise und für soziale Gerechtigkeit zu protestieren. In Köln protestierten 22.000 IG Metall-Jugendliche gegen unsichere Lebens- und Berufsperspektiven.

Diese Bewegungen verbindet der gemeinsame Kampf gegen die Allianz von korrupten Wirtschaftseliten und Politikern, die die Armen und die einfachen Familien für die Krise zahlen lassen wollen.

„Sie ruinieren uns, damit sie noch mehr Kürzungen und Zerstörung öffentlichen

Eigentums durchsetzen können“, heißt es in der gemeinsame Erklärung der Empörten des Syntagmaplatzes (Athen) und der Puerta del Sol (Madrid).

Die Empörten rufen zu Protest und Widerstand auf. Sie fordern von den Regierungen:

- Verstaatlicht die Banken. Legt ihre Bilanzen offen, damit die Leute wissen, wohin das Geld geflossen ist.
- Nehmt eine radikale Umverteilung des Vermögens vor und ändert eure Steuerpolitik so, dass die am stärksten belastet werden, die am meisten haben: die Banken und Finanzinstitute, die großen Kapitalbesitzer, die Kirche.
- Wir fordern eine Kontrolle der Bevölkerung über die Wirtschaft und die Produktion.
- Zahlt die illegitimen Schulden nicht. Das sind nicht unsere Schulden. Wir schulden nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nicht.
- Wir wollen wirkliche und direkte Demokratie JETZT.

Die DKP ist solidarisch mit den Empörten und ruft auf:

- **Es reicht!**
- **Die Reichen sollen für die Krise zahlen!**
- **Für ein Europa der Menschen - nicht der Märkte!**

Der Mensch geht vor Profit!

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

**Das rote Nachrichtenportal:
www.kommunisten.de**

Herausgeber: DKP Parteivorstand, 15.10.11
Hoffmistr. 18 45127 Essen
v.i.S.d.P.: Wolfgang Teuber, E.i.S.

Empörte



aller Länder, .

Unglaublich, sie haben es wieder getan! Die Abgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien - mit Ausnahme der LINKEN - geben den Banken noch mehr Steuergelder. Auf 780 Milliarden Euro wird der Euro-Rettungsschirm erhöht. Die deutschen Steuerzahler bürgen davon für 211 Mrd. Die Menschen in Griechenland sehen keinen Cent von diesem Geld. Sie bezahlen mit Verarmung, Arbeitsplätzen und höheren Konsumsteuern, während Banken und Finanzinvestoren abkassieren.

ESFM, ESFS, ESM - mit immer neuen Kürzeln wird verschleiert, wie die Milliarden in die Finanzindustrie umgeleitet werden. Die Regierungen haben mit öffentlichen Geldern die Banken und die Vermögen der Reichen gerettet. Die Banken konnten wieder Risiken eingehen, ohne ein Risiko zu tragen. Denn das Risiko trägt die Allgemeinheit. Jetzt sind die Banken mächtiger denn je. Die Staaten sind bei ihnen verschuldet und die Finanzmärkte diktieren die Politik.

Schulden machen die Reichen reich

Die gegenwärtigen Mechanismen führen dazu, dass die öffentlichen Schulden nie abgebaut werden, sondern auf endlose

Zeit ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in die Taschen der Banken und der Reichen fließt. Gleichzeitig geben die EU und die Regierungen damit den Finanzmärkten noch mehr Macht über Politik und Gesellschaft.

Jetzt gehen die Banken zum

nächsten Angriff auf öffentliche Gelder, Löhne und soziale Rechte über. Jahrelang haben sie sich goldene Nasen mit den hohen Zinsen für die Kredite an Griechenland, Portugal, ... verdient. Das Geld haben sie billig von der Europäischen Zentralbank erhalten und teuer an die

Das zahlen die Staaten im 2. Halbjahr 2011 an Zinsen an die Banken und die Reichen:

Frankreich: 22,362 Mrd.
Italien: 30,302 Mrd.
Spanien: 12,634 Mrd.
Griechenland: 7,1 Mrd.
Portugal: 2,354 Mrd.

Regierungen verliehen. Und so verwandelte sich das Defizit der Griechen in die Gewinne der Banken. Die Rekordprofite - allein die Deutsche Bank plante für 2011 einen Gewinn von zehn Milliarden Euro - wurden an die Aktionäre ausgeschüttet, anstatt sich damit für die nächste Krise fit zu machen.

Nachdem jetzt viele Staaten in den Ruin getrieben sind, soll nun die Allgemeinheit europaweit das Ausfallrisiko übernehmen und die Zinsen bezahlen. Der empörende, von Banken geschriebene Griechenland-Rettungsplan überschwemmt Banken und Spekulanten mit Geldern von den Steuerzahlern und lässt Griechenland selbst im Stich. Die Bundesregierung kürzt ein Sozialprogramm nach dem anderen, aber zahlt Unsummen an die Banken, damit die Reichen noch reicher werden.

Weltweit sind die Reichen heute reicher als vor der Krise.

Auch Deutschland wächst nur noch für die Reichen. Während der Reallohn für Otto Normalverdiener zwischen 2000 und 2010 um 2,5% sank, ist das private Geldvermögen seit 2000 um 39 % auf die schwindelerregende Summe von 4 880 Mrd. Euro gestiegen. Die Hälfte ist im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung.

Allein im Jahr 2010 vermehrten die Reichen in Deutschland ihr Geldvermögen um 220 Mrd. Euro. Ein Zuwachs, mehr als doppelt so hoch wie beim Bruttoinlandsprodukts mit 101 Mrd.

Würde man den Millionären nur die Hälfte des Zuwachses ihre Geldvermögens wegsteuern, hätte der Staat 110 Mrd. mehr Steuereinnahmen und die Finanzmärkte weniger zum spekulieren.

Die Reichen geben Kredite, anstatt Steuern zu bezahlen

Griechenland und die EU soll wettbewerbsfähiger werden, heißt es. Aber das **“Europa des Wettbewerbs”** bedeutet: Die Konkurrenzfähigen konkurrieren die Anderen in Grund und Boden. Sinkende Reallöhne, Niedriglohnssektor, Leiharbeit - dies sind die Geheimnisse des Exporterfolges der in Deutschland produzierenden Unternehmen. So konnten sie unsere Nachbarn mit einer Exportwalze überrollen. Die EU zahlte Subventionen und Prämien an Länder wie Griechenland, damit sie NICHT produzieren, sondern importieren. Handelsbilanzdefizite und steigende Auslandsverschuldung der Importländer waren die logische Folge. Als staatliche Schulden- und Bankenkrise kommt dies nun nach Deutschland zurück. **“Europa des Wettbewerbs”** bedeutet einen Wettlauf um die niedrigsten Steuern für Unternehmen und die Reichen.

Zwangsläufig steigen die öffentlichen Schulden. Anstatt Steuern zu bezahlen, leihen die Reichen dem Staat das fehlende Geld. Dafür erhalten sie Zinsen, für die sie wiederum keine (oder zu wenig) Steuern zahlen. Die Regierungen holen sich das Geld bei den Arbeitnehmern, Rentnern, kürzen bei Bildung und Gesundheit. Die Schulden steigen trotzdem .. und so weiter.

“Europa des Wettbewerbs” bedeutet: Die Kluft in Europa wird immer tiefer. Europa driftet immer weiter auseinander. Bis hin zu einer existenziellen Krise der Europäischen Union. Dabei ist die Gefahr nicht so sehr, dass Euro und EU auseinanderbrechen, sondern dass Nationalismus, Egoismus und Ausländerhass aus diesen Ruinen aufsteigen.

Europa hat nur eine Zukunft, wenn es solidarisch und demokratisch wird. Dazu muss mit der Logik des Wettbewerbs gebrochen und die Macht der Finanzmärkte, d.h. der Banken und Konzerne überwunden werden.